

Ein bitteres Jubiläum

40 Jahre Volksrepublik China

Während 1989 in die Geschichte der kommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas als ein Jahr entscheidender Durchbrüche zu mehr Demokratie eingehen dürfte, brachte dasselbe Jahr in der Volksrepublik China einen massiven Gegenakzent: Seit der brutalen Niederschlagung des Studentenprotests Anfang Juni wird die chinesische Demokratiebewegung durch Repression und ideologische Wiederaufrüstung unterdrückt. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften, die in den vergangenen Jahren eine Renaissance erlebt haben, sind von den Entwicklungen der letzten Monate mitbetroffen, auch wenn sie bislang keinen direkten Repressalien ausgesetzt waren.

Für die politische Führung Chinas und ganz besonders für Deng Xiaoping, den wirklichen Machthaber im Hintergrund, sollte 1989 eigentlich ein Jahr der Jubiläen und der Feiern werden. Da jährte sich am 4. Mai zum 70. Mal das Gedächtnis an die Studentenbewegung von 1919, die als Vorläufer der kommunistischen Revolution gut zu deren 40. Jahrestag im Oktober zu passen schien. Dann war da noch der Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow, bei dem das langjährige Zerwürfnis zwischen den sozialistischen Bruderstaaten beigelegt und eine neue Ära chinesisch-russischer Zusammenarbeit eingeläutet werden sollte. Bevor aber noch der sowjetische Gast eintraf, starb am 15. April der ehemalige Parteisekretär Hu Yaobang, der die letzten Monate seines Lebens auf dem politischen Abstellgleis hatte verbringen müssen. In den Augen der chinesischen Studenten und anderer Reformkräfte hatte Hu Yaobang als stärkster Vertreter für politische Reformen innerhalb der kommunistischen Partei Chinas gegolten. Sein Tod im Vorfeld der Jubiläumsfeier für die 4.-Mai-Bewegung von 1919 wurde zum Auslöser der Demokratiebewegung, die zunächst so viele Hoffnungen weckte und die dann so blutig und gewaltsam niedergeschlagen wurde. Das Pekinger Massaker und die nachfolgende Verfolgung der Dissidenten haben das Ansehen der Volksrepublik nach innen und außen erschüttert und machten die vorgesehenen Jubelveranstaltungen zum 40. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China zu einem „bitteren Gedächtnis“, bei dem keine Freude und kein Stolz über das Geleistete aufkommen wollte.

Gibt es keine „Errungenschaften“ der VR China?

Das Bild der Volksrepublik China hat in den Augen der ausländischen Besucher immer merkwürdig hin und her geschwankt. Es gab die Zeit des Entsetzens über die Grausamkeiten des Bürgerkriegs und die Säuberungen im Gefolge der Errichtung der Volksrepublik in den frühen 50er Jahren. Die Politik des „Großen Sprungs“ (1956–1959) faszinierte durch die wilde Entschlossenheit

eines ganzen Volkes, in kürzester Zeit den Anschluß an die industrialisierten Länder zu gewinnen. Von der Stahlherzeugung auf dem Hinterhof ging eine eigenartige Romantik aus. Am verwirrendsten war das Bild Chinas während der Kulturrevolution (1966–76). Bevor der eigentliche Charakter dieser fürchterlichen Selbsterfleischung im Ausland richtig bekannt wurde, sahen viele Beobachter in der Volksrepublik China das Vorbild eines Entwicklungslandes.

Im Vertrauen auf die eigene Kraft der Bevölkerung und des Landes hatte die Volksrepublik China es verstanden, von keiner der beiden Supermächte abhängig zu werden, sondern sich als eigenständige Macht zu behaupten. Durch die Politik einer radikalen Landreform in der Gestalt der Volkskommunen wurden die sozialen Gegebenheiten auf dem Land – bei 80% Anteil der Bauern an der Gesamtbevölkerung: das eigentliche China – grundlegend verändert. Stolz wurde verkündet, daß es durch die Politik des „eisernen Reispapfes“ erstmals in der Geschichte des Landes gelungen sei, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung an Nahrung zu befriedigen. Der Einsatz angepaßter Technologien, vor allem der Einsatz von Menschenkraft bei Großprojekten wie Deichbau und kleineren Industriebetrieben, schien vielen Ländern in der Dritten Welt vorbildhaft zu sein. China rühmte sich, das wahre Erbe des Sozialismus in der Gestalt der Mao-Zedong-Ideen zu besitzen. Die Parole „Dem Volke dienen“ war Ausdruck dieses Anspruchs, daß der „neue Mensch nach den Ideen Maos“ wirklich imstande sein könnte, eine solidarische neue Gesellschaft zu schaffen.

Die Politik der vier Modernisierungen

Der Tod Mao Zedongs im September 1976 markierte das Ende einer Ära der sich ständig wiederholenden Kampagnen und ideologischen Auseinandersetzungen. Mit der Zerschlagung und Verurteilung der „Viererbände“ um die Mao-Witwe Jiang Qing begann die Rehabilitierung der Opfer der Kulturrevolution und die neue Politik der vier Modernisierungen. Der neuen Führung unter Deng Xiaoping gelang es zunächst, durch pragmatisches Vorgehen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, der Öffnung gegenüber dem Ausland, der Gewährung gewisser Formen der Presse- und Redefreiheit das Vertrauen weitester Kreise der Bevölkerung zu gewinnen. Noch wichtiger war, daß sich auch die ausländischen Politiker und Wirtschaftsleute vom neuen Kurs einer pragmatischen Wirtschaftspolitik überzeugen ließen und begannen, in China zu investieren. Es begann eine Zeit einer gewissen *China-Euphorie*: Westliche Touristen kamen in großer Zahl und ließen sich vom Charme des so lange verschlossenen „Landes der Mitte“ verzaubern. Die verschiedenen „joint ventures“ schienen den Geschäftsleuten Japans, der USA

und Europas glänzende Geschäfte zu versprechen. Der „riesige Markt China“ lockte viele Investoren. Da störte es wenig, daß 1980/81 bereits eine Reihe der gerade gewährten Freiheiten der Meinungsäußerung wie die Wandzeitungen und andere freie Formen der Publikation von Deng Xiaoping verboten wurden. Der Hauptvertreter der Bewegung für die 5. Modernisierung, die Demokratie, *Wei Jincheng*, wurde damals zu 15 Jahren Haft verurteilt. In den Augen der westlichen Presse galten Deng Xiaoping und seine Leute als pragmatische Reformer, für die Fragen der Ideologie und der Parteidoktrin eigentlich gar nicht mehr so wichtig waren. Da viele von ihnen, Deng an der Spitze, unter den Exzessen des ideologischen Kampfes der Ultralinken persönlich durch Verfolgung, Verhaftungen und Folter gelitten hatten, schienen sie eine Garantie dafür zu sein, daß China sich nicht noch einmal auf das Abenteuer einer ideologischen Säuberung großen Stils einlassen würde.

Die Reformpolitik der 80er Jahre geriet auf dem Sektor der Industrie bald an gewisse Grenzen, die mit der fehlenden Infrastruktur Chinas zu tun hatten. Es konnte einfach nicht so schnell gelingen, das vernachlässigte Verkehrsnetz durch den Bau neuer Eisenbahnen und Straßen den Erfordernissen einer sprunghaft wachsenden Wirtschaft anzupassen. Auch die Erzeugung von Energie blieb immer stärker hinter den Erfordernissen zurück und beeinträchtigte weiteres Wachstum. Am meisten Erfolg hatte die Reformpolitik auf dem Lande. Durch die Einführung des Selbstverantwortungssystems in der Landwirtschaft wurden die Volkskommunen aufgelöst, die Bauern zwar nicht wieder Besitzer von Grund und Boden, aber auf eine Weise an den Erträgen und Gewinnen ihrer Arbeit beteiligt, daß sich für sie eine echte materielle Motivation zu verstärktem Einsatz ergab. Es entstanden neue Formen des Wirtschaftens durch freie Märkte, kleinere Industriebetriebe auf Privatbasis und andere Formen, die der staatlich gelenkten und geplanten Wirtschaft überlegen waren. Die Errichtung autonomer Wirtschaftszonen in den Küstenregionen verwässerte das Ideal der sozialistischen Wirtschaft Chinas weiterhin. Wie weit kann ein Land, das sich dem Sozialismus als alles beherrschender Ideologie verschrieben hat, auf dem Gebiet der Wirtschaft mit Elementen einer kapitalistischen Marktwirtschaft operieren, ohne daß es zu ernststen Widersprüchen und Unverträglichkeiten kommt?

Die politische Führung Chinas hat diesen „Ritt auf dem Tiger“ versucht. Deng Xiaoping betonte seinerseits immer, daß die Reformpolitik auf das ökonomische Gebiet beschränkt bleiben müsse und auch ohne politische Reformen möglich sei. Entsprechende Äußerungen von ihm, die die Beibehaltung der vier Grundprinzipien – Herrschaft der kommunistischen Partei, Festhalten am Sozialismus, Diktatur des Proletariats und Geltung der Mao-Zedong-Ideen – festschrieben, wurden eher als Lippenbekenntnisse gesehen, mit denen die reformunwilligen Kreise der kommunistischen Partei bei der Stange gehalten werden sollten. Erst als die wirtschaftlichen Reformen

sich verlangsamten und an ihre Grenze gerieten, wurden die inneren Widersprüche der rein auf die ökonomischen Gegebenheiten des Landes ausgerichteten Politik deutlich. 1986/87 artikulierten die *Studenten* zum ersten Mal deutlich ihre Unzufriedenheit mit den politischen Gegebenheiten des Landes. Die Politik der vorsichtigen Öffnung in Richtung auf eine sich mehr am Markt orientierende Wirtschaft hatte nur den Bauern und freien Händlern Vorteile gebracht. Die Beamten, das Militär, die Arbeiter und Studenten litten unter den Folgen einer Inflation, die ständig zunahm. Das offiziell meist verschwiegene Thema Arbeitslosigkeit wurde öffentlich diskutiert, weil die Zahl der Arbeitslosen in den Städten immer stärker anwuchs. Die intensiven Bestrebungen, das Bevölkerungswachstum in den Griff zu bekommen, waren trotz der Kampagnen für die Ein-Kind-Familie nicht mehr erfolgreich.

Bei diesen zahlreichen gesellschaftlichen Problemen wirkten Berichte von der Korruption vieler Parteikader besonders aufreizend und führten zu den Forderungen nach mehr Demokratie. Die Studentenunruhen im Dezember 1986 beschränkten sich auf die großen Städte und konnten ohne größere Gewaltanwendung niedergeschlagen werden. Der damalige Generalsekretär der kommunistischen Partei, *Hu Yaobang*, wurde seines Amtes enthoben und von Deng Xiaoping als Hauptverantwortlicher dargestellt. Es folgten die Kampagnen gegen die „geistige Verschmutzung“ und den „bürgerlichen Liberalismus“, mit denen die schädlichen Einflüsse des westlichen Auslands zurückgedrängt und gebannt werden sollten. Aber immer noch wurde Deng Xiaoping von der Mehrzahl der ausländischen Beobachter als Reformpolitiker gesehen, der im Grunde mit den Forderungen der Studenten sympathisierte, sich aber bewußt sei, daß im Hinblick auf die retardierenden Kräfte in der Partei eine so schnelle Gangart nicht möglich sei.

Die Demokratiebewegung 1989 und der Peking Frühlings

Anfang 1989 schien die Studentenbewegung – wenn es denn eine organisierte Bewegung überhaupt gewesen war – sich verlaufen zu haben. Auch die ideologischen Kampagnen der Partei waren eigentlich nie richtig in Schwung gekommen und wurden eher pflichtschuldig beschworen, ohne die Intensität ähnlicher Bewegungen während der Kulturrevolution zu erreichen. Der Tod von *Hu Yaobang* Mitte April 1989 fiel zeitlich genau in die Vorbereitungsphase des 70jährigen Gedenkens der 4.-Mai-Bewegung, auf die sich neben der kommunistischen Partei auch einige Gruppen von Studenten vorbereiteten. Die ersten Protestbewegungen von Studenten in Peking, Shanghai und anderen Großstädten waren noch sehr spontan und hatten als erste Forderung eigentlich nur die Rehabilitierung von *Hu Yaobang* als bleibendes Bekenntnis der Regierung zur Fortdauer der Reformpolitik. Bald kamen andere Forderungen dazu, ohne daß die Studenten wäh-

rend der ganzen Zeit der Demonstrationen, des Hungerstreiks und der anderen Formen des Protests in der Lage gewesen waren, ein wirkliches politisches Konzept für eine Umgestaltung der Gesellschaft vorzulegen.

Einen solchen „konter-revolutionären“ Gegenentwurf zum bestehenden sozialistischen Staat wollten die Studenten, Intellektuellen, Arbeiter und andere Sympathisanten, die sich der Bewegung anschlossen, auch nie entwickeln. Es ging ihnen um die Gewährleistung eines gewissen Minimums an demokratischen Rechten im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung. So forderten sie die Rehabilitierung der Intellektuellen, die bei den Kampagnen gegen „geistige Verschmutzung“ und „bürgerlichen Liberalismus“ verfolgt wurden. Es sollten klare Regeln für die Sicherung der Pressefreiheit erlassen werden. Ein zentrales Anliegen war die Forderung nach einem scharfen Einschreiten des Staates gegen den Amtsmissbrauch und die Korruptionspraxis von politischen Kadern. Mehr ihren eigenen Lebensbereich betreffend war die Forderung nach Ausbau des Erziehungssystems und Verbesserung der Lebensverhältnisse der Studenten. Auf dem Sektor der Menschenrechte forderten sie die Herstellung des Demonstrationsrechts, wie es vor dem Dezember 1986 gegolten hatte und korrekte Berichterstattung über die Protestbewegung in den Medien. Bei dieser letzten Forderung ging es für die an den Demonstrationen Beteiligten darum, ob ihre Aktion als „patriotisch“ angesehen oder aber als „konterrevolutionär“ abqualifiziert werden würde.

In Verbindung mit dem Besuch von Michail Gorbatschow in China und der damit gegebenen Präsenz der Weltpresse im Reich der Mitte erhielt die Protestbewegung weit mehr Aufmerksamkeit, als dies sonst wohl der Fall gewesen wäre. Die Berichterstattung vermittelte etwas von der Frische, der Originalität und Kreativität dieser Studenten, Arbeiter und Bürger, die auf dem schicksalsträchtigen Platz des „himmlischen Friedens“ so eindrucksvoll, pffiffig und auch wieder naiv ihre Forderungen erhoben und die Machthaber herausforderten, die die Kulisse dieser historischen Stätte eigentlich als Bühne für ihre historische Versöhnung mit dem Repräsentanten der Sowjetmacht vorgesehen hatten. Die anfängliche Zurückhaltung der Staatsmacht und der Gesichtsverlust, der damit gegeben war, daß sie bei dem herausragenden Besuch des Jahres nur die „Hintertür“ benutzen konnten, verstärkten die Demokratiebewegung und brachten ihr Rückhalt auch unter anderen Schichten der Bevölkerung. Auch wurden die Forderungen weitgehender, die Sprache wurde härter und die Symbole – z. B. die amerikanischem Vorbild nachempfundene Freiheitsstatue – herausfordernder und provozierender.

Die Bewegung breitete sich auf die meisten Provinzhauptstädte aus und zeigte Ansätze, zu einer wirklichen *Volksbewegung* zu werden. Gründe für Unzufriedenheit gab es angesichts der Schwierigkeiten der Wirtschaftsreform und der ausbleibenden politischen Reformen ja genug. Inflation, Arbeitslosigkeit und mangelnde Zukunftsperspektiven

betreffen in erster Linie die Stadtbevölkerung. Aber auch die bisherigen Gewinner der Reformpolitik, die Bauern, haben Grund zur Sorge, da die Regierung im zunehmenden Maße nicht mehr in der Lage ist, die aufgrund der Quotenregelung angelieferten Deputate an Getreide und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen auch zu bezahlen. Angesichts dieser Umstände muß die Demokratiebewegung in den Augen der machthabenden Parteilique zu einer ernststen Herausforderung geworden sein. Die Forderungen nach mehr Pressefreiheit und wahrheitsgetreuer Berichterstattung bis in die Parteizeitungen hinein machten deutlich, daß die Anliegen der Demokratiebewegung auch unter Parteigenossen auf Sympathie stieß.

Die Niederschlagung der Demokratiebewegung

Trotz einer Reihe von Vorwarnungen und Vorzeichen – die Verhängung des Ausnahmezustands, das Eingeständnis von *Zhao Ziyang*, „zu spät“ gekommen zu sein u. a. – kamen die schrecklichen Ereignisse der blutigen Niederwerfung der Demokratiebewegung in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni überraschend. Es galt als verlässliche Gegebenheit, daß die Volksbefreiungsarmee nicht mit Waffengewalt gegen die eigene Bevölkerung vorgehen würde. Die ersten Begegnungen zwischen den Demonstranten und den Soldaten schienen dies ja auch zu belegen, da es zu Gesprächen und Szenen der Verbrüderung kam. Doch dann sprachen auf einmal auf grausamste Weise die Waffen und die Panzer. Die Berichte von Auseinandersetzungen unter den Militäreinheiten erwiesen sich als Gerüchte. Die militärische Befehlsstruktur funktionierte nur zu gut und vernichtete nach außen möglichst jede Spur der so lebendigen und farbenreichen Bewegung für mehr Demokratie und Lebensqualität.

Doch wer hatte eigentlich den Befehl gegeben? Wie sich später zeigte, war es eine kleine Gruppe, entscheidend wohl Deng Xiaoping als Vorsitzender der Militärkommission – hinter diesem bescheidenen Titel verbirgt sich die Befehlsgewalt über die gesamte Volksarmee und die eigentliche Macht im Staate –, Staatspräsident *Yang Shangkun* und Ministerpräsident *Li Peng*. Nicht mehr beteiligt, entmachtet und auf einen möglichen Prozeß wartend war der bis dato Generalsekretär der kommunistischen Partei, *Zao Ziyang*. Die Art und Weise des Vorgehens der an den entscheidenden Entschlüssen beteiligten Parteilique macht die bleibenden Konstanten in der Politik der Volksrepublik China deutlich. Verfassung, Gesetze, Parteibeschlüsse und andere Vorgaben haben keine Gültigkeit, wenn es um die Erhaltung der Macht der kommunistischen Partei – sprich: den Erhalt der Macht des kleinen Kerns der herrschenden Gruppe – geht. Stellvertretend für diese kleine Clique hat Deng Xiaoping – der während der Ereignisse ständig im Hintergrund blieb, krank gemeldet und schon totgesagt wurde – am 9. Juni die offizielle Deutung der Ereignisse gegeben. Die

damit vorgegebene „Parteilinie“ beinhaltet, daß es sich bei den „Ereignissen in Peking“ um den Versuch einer Konterrevolution durch eine kleine Gruppe krimineller Elemente gehandelt habe. Bevor es diesen „Rotnasen“ gelungen sei, alle Führer der kommunistischen Partei „unter das Fallbeil“ zu bringen, hätten sie gestoppt werden müssen. In der Vergangenheit habe man versäumt, sich hinreichend um die Armee zu kümmern und die Kampagnen gegen die geistige Verschmutzung und den bürgerlichen Liberalismus entschieden genug zu führen. Mao habe einmal mehr recht behalten, daß die politische Macht aus den Gewehrläufen komme. Im übrigen werde an der Reformpolitik festgehalten und würden die Beziehungen zum Ausland nicht behindert. Fast zynisch fügte Deng hinzu: Die Ausländer werden schon wieder kommen, und der Himmel wird nicht einstürzen. Erst einige Wochen später wurde die 4. Vollversammlung des 13. Zentralkomitees der KP abgehalten, Zhao Ziyang offiziell als Generalsekretär abgesetzt und Jiang Zemin als sein Nachfolger gewählt. Zusammen mit Li Ruihan und Song Ping wurde er auch Mitglied des Ständigen Komitees.

Was ist mit den Religionsgemeinschaften und Kirchen?

Im Gefolge der Niederwerfung der Demokratiebewegung geht eine *Verfolgungswelle* durch das Land. Es hat zahlreiche Verhaftungen gegeben, und einer Reihe von Verhafteten wurde ein kurzer Prozeß bereitet. Von Amnesty International werden für den Zeitraum Juni–Juli 89 vollstreckte Todesurteile im Zusammenhang mit der Demokratiebewegung genannt. Dabei fällt auf, daß es sich meist um Arbeiter und kaum um Studenten und Intellektuelle handelt. Die härteste Verfolgung hat offensichtlich die Unabhängige Arbeitervereinigung über sich ergehen lassen müssen. Das Regime fürchtet offensichtlich am meisten ein Zusammengehen einer Arbeiterbewegung mit dem Studentenprotest. Alle, die in irgendeiner Form mit den Demonstrationen zu tun hatten, sind zumindest verhört, viele auch verhaftet worden. Gesäubert wurden die Massenmedien – Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen – von denen, die ihre Sympathie für die Demokratiebewegung hatten erkennen lassen, indem sie z. B. die Petition für mehr Pressefreiheit unterzeichneten.

In den Betrieben und an den Universitäten sind Kampagnen und Schulungen angelaufen, bei denen die Rede von Deng Xiaoping und dessen Verurteilung der Geschehnisse als Konterrevolution verinnerlicht werden müssen. Die Bedingungen für das Auslandsstudium wurden verschärft, aber auch das Reisen im Inland erschwert und verschiedene Formen der Ausweiskontrolle bei der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln eingeführt. Es herrscht wieder ein Klima der Verängstigung und Unsicherheit. Das Denunziantenwesen ist wieder erwacht und wird von der Regierung offiziell gefördert.

Trotz der weitgehenden Renaissance des religiösen Lebens in China im allgemeinen und der christlichen Kir-

chen im besonderen sind religiöse Gruppen in der Volksrepublik keine starken gesellschaftlichen Kräfte, um die sich der Staat in einer Zeit der Krise vorrangig glaubt kümmern zu müssen. Natürlich haben staatliche Stellen die Haltung der verschiedenen religiösen Gemeinschaften während und nach den Ereignissen der Demokratiebewegung registriert. Während die *katholische Kirche* durch die Sprecher der offiziell vom Staat anerkannten Organisationen sich vornehm mit einer Wertung der Ereignisse vor dem Eingreifen des Militärs zurückhielt und nur allgemein von der Berechtigung der Forderungen der Studenten sprach, hat sich der protestantische Chinesische Christenrat eindeutig hinter die Demokratiebewegung gestellt. Studenten des Nanjinger Theologischen Seminars haben sich mit Transparenten an den Demonstrationen beteiligt, während die Teilnahme z. B. von Seminaristen des katholischen Priesterseminars von Peking eher eine private Angelegenheit einzelner blieb. Für die protestantische Kirche möglicherweise belastend kann sich auch die Ablösung des Vizepräsidenten der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, *Zhao Fusan*, auswirken, der zugleich auch Vizepräsident der protestantischen Dreiselbstbewegung ist.

Wie alle Organisationen wurden auch die religiösen Körperschaften nach der Niederwerfung der Demokratiebewegung aufgefordert, ihre Unterstützung für die Aktion der Regierung zum Ausdruck zu bringen und deren Interpretation der Ereignisse als konterrevolutionäre Machenschaften zuzustimmen. Dies ist in der Zwischenzeit von allen in Frage kommenden Religionsgemeinschaften vollzogen worden, ohne daß man die vorhandene oder fehlende innere Zustimmung messen kann. *Repressalien* gegenüber Religionsgemeinschaften im Zusammenhang mit der Niederwerfung der Demokratiebewegung scheint es bisher *nicht* gegeben zu haben. In ersten Interviews von Kirchenvertretern werden solche Erwartungen als gänzlich unbegründet zurückgewiesen. *Liu Bainian*, Vizepräsident der Administrativkommission der katholischen Kirche, erklärte im September in Peking, die katholische Kirche sei „in keiner Weise berührt“, da es sich um politische Ereignisse handle, mit denen die Kirche nichts zu tun habe (UCA-News, 23.9.89). Der Bischof von Shanghai, *Aloysius Jin Luxian*, räumte zur selben Zeit ein, daß die „Annäherung zwischen China und dem Vatikan sich verlangsamten“ werde, ohne daß er aber weitere Schwierigkeiten für die Kirche in China sieht. Der protestantische Bischof *Shen Yifan*, Vizepräsident des chinesischen Christenrats, verneinte im Juli bei einem Interview mit ausländischen Pressevertretern ebenfalls, daß eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche im Gefolge der Pekinger Ereignisse zu befürchten sei.

Es gibt eine Reihe von Berichten nach dem Juni 1989, die bezeugen, daß das religiöse Leben in China sich weiterentwickelt. Da ist vom wachsenden Interesse am Buddhismus die Rede, das sich in einer steigenden Zahl von angehenden Mönchen äußert. Die auf dem Lande und in den Städten geöffneten Tempel seien ständig gut besucht,

und viele suchten um Unterweisung nach. Im August 1989 wurde in Xian die erste *Islamische Universität* eröffnet, an der Angehörige der islamischen Minderheiten (der Hui, Uygur, Kazak, Uzbeken, Sala und Baoan) in Arabisch, in Koranwissenschaft und islamischem Recht ausgebildet werden können. Aus Shanghai wird berichtet, daß im Juli–August ein vierwöchiger Kurs für Katechumenen und Neuchristen in den 36 Pfarreien der Stadt durchgeführt wurde, an dem Schüler, Studenten, Arbeiter und andere Personen im Alter von 6–50 Jahren teilgenommen hätten. Im Verlauf dieser Veranstaltung seien 1800 Taufen gespendet worden. Von ausländischen Besuchern, die nach den Juni-Ereignissen das Land besuchten, wird aus verschiedenen Gegenden Chinas übereinstimmend davon berichtet, daß das religiöse Leben weitergehe und wachse. Es falle allerdings auch auf, daß gegenüber Besuchern aus dem Ausland nicht gerne über die jüngsten politischen Ereignisse berichtet werde. Aus protestantischen und katholischen Kirchenkreisen wird eher signalisiert, daß die Christen im Frieden leben möchten und alles vermeiden, was zu einer Konfrontation mit dem Staat und damit zu einer Gefährdung ihrer relativen Freiheit führen könnte.

Das Dilemma der Reformpolitik hat sich verschärft

Als nach den Ereignissen mit dem Ausbleiben der ausländischen Touristen auch weniger Besucher aus kirchlichen Kreisen nach China kamen, wurde von den Christen deutlich gemacht, daß sie auch gerade in dieser Zeit an Kontakten mit Kirchen im Ausland festhalten möchten. Andererseits ist es für chinesische Christen schwieriger geworden, an *internationalen Tagungen* teilzunehmen. Eine seit längerer Zeit geplante internationale Tagung „Edinburgh 1989 – Living the Gospel in Society“, die mit Beteiligung chinesischer Christen als ökumenische Veranstaltung im September stattfinden sollte, mußte abgesagt werden. Dabei blieb offen, ob die chinesischen Teilnehmer die Ausreisegenehmigung ihrer Regierung erhalten hätten. Es war eher die Überlegung der Veranstalter, die bei den gegebenen politischen Umständen davon ausgehen mußten, daß die chinesischen Christen nur die offizielle Parteilinie hätten darlegen können, wenn sie sich nicht politisch kompromittieren wollten. Die erzwungene Zustimmung zur offiziellen Regierungsversion der „Pekinger Ereignisse“ belastet die internationalen Kontakte schwer.

Anstelle der eigentlich geplanten China-Konferenz in Edinburgh trafen sich kirchliche Gruppen, die mit China zusammenarbeiten, um eine Bestandsaufnahme der Kontakte mit den Kirchen in China nach den Juni-Ereignissen vorzunehmen und die ökumenische Zusammenarbeit zu koordinieren. Dabei wurde festgehalten, daß die Zusammenarbeit mit den chinesischen Christen in dieser schwierigen Zeit eher noch wichtiger geworden sei. Die angelaufenen Projekte in der pastoralen Zusammenarbeit, der Ausbildung, der Gesundheitsfürsorge

und auf anderen Feldern sollten möglichst weitergeführt werden.

Prognosen für die Zukunft Chinas haben sich in der Vergangenheit schon oft als falsch und vorschnell erwiesen. Die letzten Ereignisse haben auch die mutigsten Prophezen eher vorsichtig gemacht. Fest steht zunächst einmal, daß die Ereignisse um die Demokratiebewegung und deren Niederschlagung auf verschiedenen Gebieten für China *große Verluste* gebracht haben. Die chinesische Regierung, genauer die kommunistische Partei in der Gestalt der herrschenden Clique, hat nach innen und außen immens an Glaubwürdigkeit verloren. Man hat die Führung als „faschistisches Regime“ und neue „schwarze Viererbande“ titulierte, die ihre letzte Legitimität verspielt haben und nur noch am Machterhalt ihrer Gruppe interessiert sei. Auch die Volksbefreiungsarmee hat ihren positiven Rückhalt in der Bevölkerung eingebüßt – ein Vertrauensverlust, der auch durch intensive Propagandaanstrengungen nicht wettzumachen ist. Offensichtlich sind die Verluste auf den Gebieten des Tourismus und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Auch wenn die Erwartungen der Machthaber aufgehen sollten, daß der Westen nach einer Zeit der Zurückhaltung und Ächtung wieder zu normalen Beziehungen zurückkehren werde, bleiben fürs erste schmerzhafteste Verluste, die nicht leicht auszugleichen sind. Die offiziellen Stellen werden zwar nicht müde zu beteuern, daß die „Reformpolitik“ unverändert weitergeführt werde. Es bleibt aber zweifelhaft, was diese Aussage bedeutet und was sie im Verhältnis zu den westlichen Staaten wert ist, wenn gleichzeitig die Verfolgung der Anhänger der Demokratiebewegung weitergeht.

Das Dilemma der ganzen Reformpolitik seit 1979 ist durch das Eingreifen der Militärs gegenüber der Demokratiebewegung eher noch verschärft worden. Deng Xiaoping hat in seinen Reden deutlich gemacht, daß die politische Führung Chinas auch weiterhin auf einen Kurs setzt, der zwar wirtschaftliche Reformen möchte, aber in keiner Weise bereit ist, mit sich über politische Reformen reden zu lassen. Zentralistische Regierungsgewalt in der Hand einer kleinen autoritären Gruppe mag zwar innere Ruhe und Sicherheit herstellen können, wird sich aber unfähig erweisen, ein ganzes Volk zu motivieren, sich für die ihm von oben vorgegebenen Ziele zu engagieren. Dies wird um so schwerer sein, wenn die politische Großwetterlage in den anderen Staaten des „real existierenden Sozialismus“ immer stärker auf den Reformkurs einschwenkt, der in der UdSSR, in Polen und Ungarn die Umgestaltung vorantreibt. Die offizielle Unterstützung der sozialistischen Bruderländer wie der DDR (vor der „Wende“), der Tschechoslowakei und Rumäniens mag für die bedrängte Führung in Peking zunächst hilfreich und tröstend gewesen sein, kann aber auf die Dauer kaum politische Vorteile bringen. Gegenwärtig ist die Volksrepublik China international eher isoliert. Diplomatische Erfolge hatte sie in jüngster Zeit in Afrika. Außenminister *Qian Qichen* bereiste einige Länder in Ost- und Südafrika, sein Staatssekretär war in Westafrika unterwegs.

Dabei blieb die Unterstützung für das harte Vorgehen der chinesischen Militärs eher mager. Der Präsident von Burkina Faso, *Blaise Compaoré*, war im September immerhin das erste Staatsoberhaupt, das zu einem Besuch nach Peking kam.

Die „Vereinigung für ein demokratisches China“

Im Gefolge der jüngsten Ereignisse haben einige führende Mitglieder der Demokratiebewegung ins Ausland flüchten können. Zusammen mit anderen Auslandschinesen, auch Angehörigen der Guomindang Taiwans, haben sie sich im September in Paris zur „Vereinigung für ein demokratisches China“ zusammengeschlossen. In vielen Ländern haben chinesische Studenten ihre Sympathie mit der Demokratiebewegung ausgedrückt. Es kam zur Gründung von Zeitschriften und anderen Publikationen, die die Anliegen der Demokratiebewegung wachhalten wollen und auf Veränderungen in China drängen. Es bleibt abzuwarten, ob diese oft ziemlich heterogenen Organisationen über längere Zeit hinweg bestehen und wirksam bleiben. Die chinesische Regierung sieht in ihnen

vom Ausland unterstützte kriminelle Gruppen oder im Falle der Auslandsstudenten durch Propaganda verführte Jugendliche, die den Kontakt zur Heimat verloren haben. Im letzteren Fall ist das Bemühen der Regierung zu spüren, möglichst viele Studenten nach dem Abschluß ihrer Studien wieder zu einer Rückkehr ins Heimatland zu motivieren.

Die Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni bedeutet auf jeden Fall eine starke Zäsur in der Geschichte des „Neuen China“. Die Phase der Reformpolitik, die nach dem Ende der Kulturrevolution und der Niederschlagung der „Viererbande“ begann, ist abrupt an ein Ende gekommen. Das langsam wachsende Vertrauen der Bevölkerung, daß die Zeiten der ständig wiederkehrenden Kampagnen und Verfolgungen endgültig der Vergangenheit angehören, wurde zerstört und läßt sich durch dasselbe Regime, das dies zu verantworten hat, auch nicht wiederherstellen. Auf der anderen Seite hat die Demokratiebewegung Ideen und Erwartungen ins Spiel gebracht, die von den Panzern auf dem Tiananmenplatz nicht haben niedergewalzt werden können. Wann und wie sie sich verwirklichen lassen, mit dieser Frage werden sich „China-Experten“ wohl noch lange beschäftigen.

Georg Evers

Kurzinformationen

Der „Päpstliche Rat für die Pastoral im Krankendienst“ veranstaltete eine internationale und interdisziplinäre Tagung über Aids

Die vom 13. bis 15. November im Vatikan veranstaltete Tagung zur Immunschwächekrankheit Aids war wissenschaftlich und kirchlich hochrangig besetzt: Die beiden Entdecker des Aids-Virus gehörten zu den Teilnehmern; unter den über vierzig Referenten waren zwei Träger des Medizin-Nobelpreises. Den Einführungsvortrag hielt Kardinal *John O'Connor*, der Erzbischof von New York, die Abschlußsprache der italienische Ministerpräsident *Giulio Andreotti*. Bei den Beiträgen von kirchlicher Seite wurden vor allem zwei Grundanliegen deutlich: Zum einen wandten sich die Redner *gegen jede Diskriminierung und moralische Verurteilung von Aids-Infizierten* und forderten eindringlich zur Solidarität mit den von der Krankheit Betroffenen auf. Der Generalsekretär von Caritas Internationalis, *Gerhard Meier*, appellierte an die katholischen Hilfsorganisationen, Angst und Vorurteile gegenüber Aids abzubauen. Die zur Lösung aller mit der Immunschwächekrankheit verbundenen Probleme erforderlichen Mittel müßten schnell bereitgestellt werden. Gleichzeitig wurde von kirchlicher Seite auf dem Kongreß darauf hingewiesen, daß die *Normen der katholischen Sexualmoral* auch für die Maßnahmen gegen die Verbreitung von Aids gelten müßten und daß die Ausbreitung der Krankheit durch die sexuelle Permissivität mitbedingt sei. In diesem Zusammenhang wurde mehrfach die *Verwen-*

dung von Kondomen zur Aidsprävention verurteilt. *Carlo Caffarra*, Präsident des Ehe- und Familieninstituts an der Lateran-Universität, betonte, auch für Aidsinfizierte und -kranke sei die Verwendung von Kondomen moralisch nicht erlaubt. Sei innerhalb einer Ehe ein Partner infiziert oder erkrankt, müsse die Sexualbeziehung abgebrochen werden. Der Philosoph *Rocco Buttiglione* warnte vor einer „Ideologie des Präservativs“. Diese Ideologie werde von verschiedenen Kreisen vertreten, um die sogenannte sexuelle Revolution der 60er Jahre nicht in Frage stellen zu müssen. Einen gewissen Gegenakzent setzte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz in seinem Vortrag über „Pastoral der Hoffnung“: Bischof Lehmann warnte davor, im Blick auf Aids die Lehre der Kirche auf „einige wenige enge moraltheologische Fragen“ zu reduzieren. Diese Fragen ließen sich letztlich nur vom Ganzen der christlichen Heilsbotschaft her überzeugend lösen.

Kardinal König nahm Stellung zu Erscheinungen und Gründen katholisch-kirchlichen Unbehagens

In einem Ende Oktober in mehreren europäischen Zeitungen (Süddeutsche Zeitung, Le Monde, Corriere della Sera) veröffentlichten Beitrag beschäftigt sich der Altbischof von Wien und gegenwärtige Präsident der Internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi, Kardinal *Franz König*, mit den *gegenwärtigen Phänomenen kirchlichen Unbehagens*. Der Kardinal geht in dem Beitrag von der Feststellung aus, daß die Kirche im Zuge des